

2. III. 1917

Geld ist geruchlos! — ein Grundsatz der Sozialdemokraten.

Die Organisation der Sozialdemokraten war schon im Frieden eine eigenartige, aber wenig appetitliche Mischung von Geschäften und Politik. Tausende selbstständiger Gewerbetreibender sind Blutzengen dieser Tatsache geworden, denn das Entstehen der sozialdemokratischen Konsumvereine hat zahllose kleine Gewerbetreibende brotlos gemacht, da ja in den meisten Fällen dem kleinen Gewerbe durch das Wegfallen eines Teiles der Kundschaft die Fortführung des Betriebes ganz unmöglich wurde, während in anderen Fällen die Schädigung eine Art wirtschaftlichen Siedetums bewirkte, das schon äußerlich in den Geschäften des Handels mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen überall dort zu bemerken ist, wo sich ein roter Konsumverein eingenistet hat. Die Erfolge solcher Parteigründungen waren gleichwohl vor dem Kriege sehr fraglicher Natur, weil die Verwaltung in der Regel alles andere denn sachmännisch war, vielfach auch nicht einwandfrei genannt werden konnte und erfahrungsgemäß wie bei allen sozialdemokratischen Unternehmen einen Aufwand bedingte, der den vielleicht möglichen Vorteil für die Kundschaft des Konsumvereines aufzehrte, in den meisten Fällen aber überstieg, so daß für gleiches Geld mindere Ware geboten wurde oder für gleiche Ware höhere Preise verlangt wurden, als im freien Wettbewerbe. In der Tat handelt es sich auch den sozialdemokratischen Führern gar nicht um die Verbilligung der Lebenshaltung des Arbeiters, sondern ihr Streben war immer nur darauf gerichtet, den Aufwand für die Parteiorganisation in unauffälliger Weise hereinzubringen, als es durch direkte Parteisteuern möglich wäre. Durch den Profitanteil am Warengeschäfte also, das heißt durch indirekte Steuern im wahrsten Sinne des Wortes, werden den Arbeitern die Kosten des sozialdemokratischen Parteibetriebes abgedrückt. So ist jeder sozialdemokratische Konsumverein die Quelle für die Erhaltung der übrigen Parteieinrichtungen, denn dem Lagerhalter und den übrigen Angestellten obliegt als Hauptverpflichtung, politisch zu agitieren und die Betätigung im Konsumvereinsgeschäft steht in keinem Verhältnis zur Entlohnung. In den roten Konsumvereinen liegen also die Verhältnisse genau so wie bei den Krankenkassen und anderen Wohlfahrtsinstitutionen, deren Leitung sich die Sozialdemokraten bemächtigt haben. Die Anstellung bei einer scheinbar gemeinnützigen Einrichtung, die jedoch nur Sozialdemokraten zugute kommt, ist die Einkure, die es dem Pfründler ermöglicht, sich frei von den Sorgen ums tägliche Brot der politischen Betätigung widmen zu können. Tatsächlich wird von den sozialdemokratischen Konsumvereinen aus eine Agitation politischer Art betrieben, die vollkommen jener gleicht, welche die sozialistischen „Gewerkschaften“, Krankenkassen, Bruderladen usw. betreiben. Der Herr Lagerhalter sitzt eben in der politischen Organisation, besorgt die Verteilung von Flugblättern, Zeitschriften und Proherzeugnissen, besser gesagt, er drängt sie den Kunden des Konsumvereins auf; er hält Versammlungen ab, wählt unabhängig und organisiert den Streik, wenn die Partei dies für angebracht hält, um die Arbeiterschaft in Aufregung zu versetzen, denn Unzufriedenheit braucht die Sozialdemokratie, damit die Zahl ihrer Mitglieder steige und der Parteifadell sich runde. Daß bei dieser Art der Betätigung des Lagerhalters und der übrigen Angestellten jeder rote Konsumverein als reinpartei-politisches Unternehmen zu betrachten ist, leuchtet wohl ein, ganz abgesehen davon, daß der parteipolitische Charakter der roten Konsumvereine aus der Art der über sie geübten Parteikontrolle ohne weiteres hervorgeht. Die roten Konsumvereine sind Parteieinrichtungen, für welche die sozialdemokratische Partei verantwortlich ist und für die, auch schon im Frieden, die Partei als solche gegenüber allen Behörden ihr politisches Gewicht in die Waagschale geworfen hat. Bis zu welchem Grade die sozialdemokratische Partei ihren politischen Einfluß mißbraucht hat, um sich auf dem Umwege über angebliche Wohlfahrtsinstitutionen

Vorteile für ihre Organisation zu verschaffen, darauf hat die Feststellung des Abgeordneten Hummer in der Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses ein grelles Licht geworfen. Dieses Schlaglicht kann nicht verdunkelt werden durch die wüsten Szenen, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten daraufhin veranstalteten, denn der genannte Abgeordnete hat mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit und in der einwandfreiesten Weise auch in der Presse dargelegt, daß die Sozialdemokraten schon im Jahre 1912 für ihre Groß-einlaufsgeoffenshaft und für die damit zusammenhängenden, satfam bekannten Hamnerbrotwerke Geld von der Regierung verlangten und durch Vermittlung der Regierung von einer Großbank auch erhielten. Man beachte: Von der Regierung des Grafen Stürgkh, also eines Mannes, an dem ein sozialdemokratischer Führer zum Mordelörder wurde, angeblich, weil Graf Stürgkh ein Verbrecher am Staate war. Diese Mordtat wird nun von denselben sozialdemokratischen Abgeordneten bejubelt, die sich nicht scheuen haben, von dem Opfer Geld für ihre Organisation zu erbetteln. Und man beachte weiter: Das

Geld wurde von einer Großbank genommen, also von einem Unternehmen, das die Sozialdemokraten zu den schändlichsten Einrichtungen unserer Zeit zählen. Es scheint, daß die Herren Sozialdemokraten also für sich wenigstens dem Grundsatz huldigen, wonach dem Gelde die Eigenschaft des süßen Geruches nicht anhaftet. Die Sozialdemokraten haben dasselbe Kunststückchen im Kriege wiederholt und das läßt tiefer blicken. Dieses Vorgehen ordnet sich zwanglos in das System ein, auf Grund dessen sie sich mit der jeweiligen Regierung hinsichtlich der Unterstützung ihrer Parteiunternehmungen gutgestellt haben. Auch die kleinen Konsumvereine genießen ja seit Ausbruch des Krieges die volle Unterstützung der Regierung und werden mit Ware beliefert, während die steuerzahlenden Gewerbetreibenden infolge Warenmangels ihre Geschäfte schließen müssen. Als weitere Folge ergibt sich ein scheinbares Anwachsen der sozialdemokratischen Partei, weil der Beitritt zur sozialdemokratischen Organisation stillschweigende oder offene Voraussetzung für die Erlangung von Lebensmitteln aus den sozialdemokratischen Konsumvereinen ist. Wie die Berechnung der gewährten Bankunterstützungen erfolgte, ist noch unbekannt, aber Gedanken darüber kann man sich machen, denn auf die Kreditgewährung in den Jahren 1912 und 1914 folgte im Jahre 1916 die Schenkung einer Million Kronen von einem verschämten, weil ungenannten Spender an ein anderes sozialdemokratisches Unternehmen. Möglich genug, daß in diesem Falle die linke Hand der sozialdemokratischen Organisation bei der Rückstaltung der Bankgelder gewußt hat, wer in die rechte Hand der Organisation als namenloser Spender jenen Betrag gedrückt hat, der auffälligerweise genau so groß ist, wie der in Anspruch genommene Bankkredit. — Die Wege der Millionen sind eben dunkel und verschlungen, wenn sie von den Banken zu den sozialdemokratischen Organisationen führen, und für diese ist es ziemlich gleichgültig, ob das Geld in dieser oder jener Kasse einfließt, wie es für den einzelnen ohne Bedeutung ist, ob er sein Geld in der rechten oder linken Dosierdose verwahrt. Die „Arbeiterzeitung“ von vorgestern und der „Arbeiterklub“ vom Hochsommer 1916 sind übrigens des Tatsächlichen gekündigt. — Geld riecht nicht, das ist eben sozialdemokratischer Grundsatz.